

PRESSEMITTEILUNG

Internationaler Tag gegen Rassismus: Betroffene von antimuslimischem Rassismus laut neuer Studie häufig auf sich alleine gestellt

Berlin, 17.03.2021 – Täglich werden in Deutschland Menschen zur Zielscheibe von rassistischen Diskriminierungen, Anfeindungen bis hin zu tätlichen Übergriffen. Antimuslimischer Rassismus macht dabei einen nicht unerheblichen Anteil an rassistischen Hassverbrechen insgesamt aus: 2020 erfassten Behörden bundesweit mindestens 901 antimuslimische und islamfeindliche Straftaten. Gleichzeitig zeigt eine neue Kurzstudie von CLAIM, dass Beratungsstellen über wenige Ressourcen verfügen und viele Betroffene von antimuslimischem Rassismus nicht unterstützt werden können.

Für Betroffene antimuslimisch motivierter Diskriminierungen und Übergriffe gibt es nur unzureichende Beratungsangebote: Nur 4 von 79 bundesweit befragten Beratungsstellen in Deutschland weisen eine spezifische Ausrichtung auf Betroffene von antimuslimischem Rassismus auf. Dies ist nur ein Ergebnis einer neuen Kurzstudie der Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit CLAIM, die die Beratungslandschaft für Betroffene von antimuslimischem Rassismus in den Blick nimmt.

„Expertise zu den einzelnen Formen von Rassismus ist in den Beratungsstellen dringend notwendig, um nicht nur Vertrauen zu Betroffenen aufzubauen, sondern diese auch bedarfsorientiert unterstützen zu können. Gerade im Bereich des antimuslimischen Rassismus gibt es großen Fortbildungsbedarf“, erläutert Güzin Ceyhan, die die Kurzstudie bei CLAIM mitverantwortet hat.

Spezialisierte nichtstaatliche Beratungsstellen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die rassistisch motivierte Diskriminierungen oder Übergriffe erleben. Sie beraten und begleiten Betroffene kostenlos und bedarfsorientiert.

55 Prozent der befragten Organisationen geben laut Studie an, kein Verfahren zu haben, um festzustellen, ob eine Person von antimuslimischem Rassismus betroffen ist. Das hat vor allem Implikationen für die Erfassung und die Dokumentation gemeldeter Fälle. Eine Erfassung und eine Klassifizierung der Fälle im Hinblick auf das Motiv sind dringend notwendig, um auch das tatsächliche Ausmaß von Rassismus und seinen unterschiedlichen Ausprägungen abzubilden. Offizielle Zahlen geben bisher nur einen Teil des tatsächlichen Ausmaßes von Rassismus in Deutschland wieder. So liegt die tatsächliche Zahl der antimuslimischen Vorfälle laut Expert*innen deutlich höher. Das Dunkelfeld ist groß.

Rima Hanano, stellvertretende Leitung von CLAIM, *„Alleine die im Rahmen der Studie befragten Beratungsstellen melden für 2019 bundesweit rund 1.280 antimuslimisch motivierte Übergriffe bzw. Diskriminierungen – obwohl nur die Hälfte der Stellen antimuslimischen Rassismus erfasst und nur ein Teil*

der befragten Stellen Angaben zu Fallzahlen gemacht hat. Diese Zahl lässt nur erahnen, wie virulent das Problem von antimuslimisch motivierten Diskriminierungen und Übergriffen in Deutschland tatsächlich ist.“

Die Studie zeigt insgesamt, dass vorhandene Beratungsstellen über wenig Ressourcen verfügen und etwa die Hälfte der untersuchten Stellen kurzfristig finanziert ist. *„Die Ergebnisse der Studie zeigen bestehende Lücken in der Beratungslandschaft auf und machen deutlich, dass ein struktureller Ausbau und eine nachhaltige Finanzierung von existierenden Beratungsstellen dringend nötig sind, um strukturellem Rassismus etwas entgegen zu setzen. Die Unterstützung von Betroffenen ist wesentlich, um diskriminierende Strukturen aufbrechen, die Rechte von Rassismus betroffenen Menschen durchsetzen und ihre gleichberechtigte Teilhabe gewährleisten zu können“*, so Rima Hanano.

Hintergrund zur Kurzstudie: Die Kurzanalyse „Beratungsangebote für Betroffene von antimuslimischem Rassismus“ untersucht die Beratungslandschaft für Betroffene von Rassismus und konkret antimuslimischem Rassismus. Neben einem Überblick über die Beratungslandschaft liefert die Studie Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Bundesweit wurden hierfür 79 Beratungsstellen für Betroffene von Rassismus befragt. Die Kurzstudie wurde von CLAIM im Rahmen des Kompetenznetzwerks zur Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit verantwortet und erscheint am 23. März 2021. Durchgeführt wurde die Studie von Dr. Jenni Winterhagen (bewirken) und Güzin Ceyhan (CLAIM) unter der Mitarbeit von Daria Tisch.

Gerne stellen wir Ihnen die Kurzstudie für eine Berichterstattung vorab zur Verfügung. Schreiben Sie hierfür eine E-Mail an presse@claim-allianz.de.

Über CLAIM: CLAIM vereint und vernetzt 47 muslimische und nichtmuslimische Akteur*innen der Zivilgesellschaft und bildet eine breite gesellschaftliche Allianz gegen antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit. CLAIM wird getragen von TeilsEiend e. V., gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Seit 2020 ist CLAIM Partner im Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit. Das Kompetenznetzwerk besteht aus drei bundesweit tätigen Partnern: CLAIM, getragen von TeilsEiend e. V., der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) und dem Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e. V. (ZEOK). Mehr Informationen unter www.claim-allianz.de und www.kompetenznetzwerk-imf.de.

Für Presseanfragen wenden Sie sich gerne an:
CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit
Erik Enge | Kommunikationsmanager
Barbara Singh | Kommunikationsmanagerin
presse@claim-allianz.de, T +49 30 2887 4567-7
Friedrichstraße 206 | D- 10969 Berlin



Aufgrund der Corona-Pandemie sind wir vorübergehend vor allem via E-Mail erreichbar. Schreiben Sie bei Rückfragen eine E-Mail an presse@claim-allianz.de.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

The logo for teilSEIEND, with "teil" in lowercase and "SEIEND" in uppercase, all in a sans-serif font. A dotted line forms a semi-circle around the text.